# Hallesche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 138 — Jahrgang 213

**Bezugspreis:** Für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 6,00, vierteljährlich Mk. 18.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe
Donnerstag, 8. April

**Anzeigenpreis:** Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 50 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 2.50 ℳ. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

# Blutige Zusammenstöße in Frankfurt a. M.

### Neueste Tagesnachrichten

* Der sächsische Ministerpräsident Dr. Gradnauer hat Dr. Reinhold-Leipzig zum Finanzminister ernannt.

* Der Rat des Völkerbundes ist zum 9. April nach Paris einberufen.

* Vom 12. April ab erhalten die in Großbritannien ankommenden Fremden Aufenthaltsbewilligung für zwei Monate, anstatt, wie bisher, für einen Monat.

### Verbot der Einwohnerwehren

Berlin, 7. April.

Der General Nollet hat in seiner Eigenschaft als Präsident der interalliierten militärischen Kontrollkommission der deutschen Regierung eine Note überreicht, in der es heißt:

Es ist Vermerk genommen worden von dem Datum des 10. April 1920 für die Auflösung der Reichswehrfreiwilligen.

Was die Einwohnerwehren anbelangt, so legt die interalliierte Kontrollkommission Wert darauf, die folgenden Punkte zu präzisieren:

Die Einwohnerwehren können, trotzdem sie sich mit dem Charakter als Reichszivilorganisationen zu umkleiden versuchen, nicht mehr gestattet werden, welches auch immer ihre Rolle für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern sein mag, da ihre Bewaffnung, ihre Eingliederung und Stärke unbestreitbar eine Mobilisation begünstigen, die durch den Friedensvertrag verboten ist, und da die Einwohnerwehren im Widerspruch zu den Bestimmungen der Artikel 156, 166, 176, 177 und 178 des Friedensvertrages stehen.

Die Note sagt dann weiter, daß der 10. April 1920 als äußerste Grenze für die Ausführung der Entscheidung des 1. Dezember 1919 bestimmt ist.

### Geßler über die Umbildung der Reichswehr

Berlin, 7. April.

Reichsminister Geßler hielt heute vor Vertretern der Presse einen Vortrag darüber, in welcher Weise er die Reichswehr zu reorganisieren beabsichtigt. Im wesentlichen beschränkte sich der Reichswehrminister darauf, seine schon in der Nationalversammlung gehaltene Programmrede kurz zusammengefaßt zu wiederholen und nochmals als seine Hauptaufgabe zu betonen die Truppen in die Kasernen zurückzuführen, um dann den Neuaufbau mit Ruhe vollziehen zu können. Zurzeit läßt sich die Reorganisation noch nicht durchführen, da ein Teil der Truppen sich auf dem Marsche befindet und infolgedessen eine Untersuchung unmöglich ist. Ein anderer Teil der Truppe hat gemeutert und ihre Offiziere in Schutzhaft gesetzt. Auch hier muß erst Remedur geschaffen werden. Im übrigen gab der Minister als Hauptziel seines Wirkens die baldige Aufhebung des Belagerungszustandes an. In Thüringen ist dies bereits geschehen, in anderen Gegenden steht das bevor. Ferner soll künftighin bei Verhängung des Belagerungszustandes die Ausübung der vollziehenden Gewalt nicht mehr den Militärpersonen, sondern einem dazu bestellten Zivilkommissar übertragen werden. Interessant war, was der Herr Reichswehrminister über die geradezu skandalösen Verhältnisse in der Marine mitzuteilen wußte. Danach befindet sich in Wilhelmshaven und in Kiel nicht ein einziger Offizier mehr im Dienst, sämtliche Befugnisse der höheren Dienststellen werden von Deck- und Unteroffizieren wahrgenommen. Was dabei herauskommt, kann sich wohl jeder ausmalen, der die Schwierigkeit der Dienstverhältnisse einigermaßen übersieht. In Wilhelmshaven waren bekanntlich die Offiziere in Schutzhaft genommen worden, auch in Kiel hatten die Unteroffiziere in dieser Weise gehaust und erst nachträglich ist es zu einer Abstimmung gekommen, in der etwa ein Drittel des Offizierkorps wieder in ihre Stellen eingesetzt werden sollten. Selbstverständlich haben jedoch diese betreffenden Offiziere soviel Kameradschaftsgefühl gehabt, für die „Ehre" zu danken.

In die Pose des starken Mannes kam der Herr Reichswehrminister, als er die Verhältnisse bei der Brigade Ehrhardt besprach. Hier betonte er ausdrücklich, daß die Brigade in ein isoliertes Truppenlager gebracht würde, damit sie dort mit Güte, oder, wenn dies nicht ginge, mit Gewalt entwaffnet werden sollte. Es sei dies der feste Wille der Regierung. In einem bezeichnenden Gegensatz zu dieser Heldenpose stand die Antwort des Herrn Geßler auf eine Zwischenfrage, was denn mit den Eisenbahnern geschehe, welche den Abtransport der Brigade nach dem Lockstedter Lager verhindert hatten. Der Herr Reichswehrminister wußte darauf keine andere Antwort zu geben, als daß die Regierung sich über diese Frage „den Kopf zerbreche". Es wird also auch hier wieder mit zweierlei Maß gemessen. Die Herren Arbeiter dürfen um Gotteswillen nicht zu hart angefaßt werden.

### Farbige Truppen feuern auf die Zivilisten — Sieben Tote und zahlreiche Verwundete unter der Bevölkerung. — Ein Ultimatum der Alliierten an Frankreich wegen Zurückziehung der Besatzungstruppen?

(Von unserem hf.-Sonderberichterstatter.)

Frankfurt a. M., 7. April.

**Die Aufregung in der Stadt hat stark zugenommen. Bereits vormittags fanden leichte Zusammenstöße zwischen Besatzungstruppen und Zivilisten statt, so vor allem vor dem Hauptpostamt, das durch afrikanische Truppen vollständig besetzt ist. Um 2 Uhr mittags kam es zu einem blutigen Zwischenfall an der Hauptwache. Die farbigen Truppen, die sich durch das Gejohle und durch das Pfeifen der angesammelten Menge sehr gereizt fühlten, feuerten plötzlich aus einem Maschinengewehr mehrere Schüsse in die Menschenmenge. 7 Tote und zahlreiche Verwundete blieben auf dem Platz. Die schwarzen Truppen zogen dann nach dem Westen ab, begleitet von den Verwünschungen und Drohungen der äußerst aufgeregten Menge, die von den einheimischen Schutzleuten nach Möglichkeit beschwichtigt wird. Während dieser Zeit überflog ein Geschwader von französischen Fliegern die Stadt. Der Grundzug der Erregung soll insbesondere in der Tatsache liegen, daß die Franzosen zur Besatzung in der Hauptsache farbige Truppen verwendet haben.**

**Gerüchtweise verlautet, daß die Alliierten an Frankreich ein Ultimatum gestellt haben, in dem sie die Zurückziehung der Besatzungstruppen bis heute abend 6 Uhr verlangten. Nach einem anderen Gerücht soll nur Wilson ein derartiges Ultimatum an Frankreich gerichtet haben. Diese Gerüchte werden verstärkt durch die Tatsache, daß die französischen Besatzungstruppen in verschiedenen Trupps durch die Stadt ziehen, was den Anschein erweckt, als wären sie schon im Begriff, Frankfurt zu verlassen. Der Telephonverkehr ist wieder aufgenommen worden.**

Paris, 7. April.

„Havas" meldet aus Mainz:
Am Mittwoch morgen 6 Uhr ist Homburg von den französischen Truppen besetzt worden.

### Die besetzte neutrale Zone

Darmstadt, 7. April.

In Frankfurt, Darmstadt und Hanau hat während des ganzen gestrigen Tages der Einmarsch der französischen Truppen fortgedauert. Auch in Offenbach und im Kreise Königstein sind französische Streitkräfte einmarschiert. Die Gesamtstärke der eingezogenen Truppen wird auf 25 000 bis 30 000 Mann beziffert, allein in Frankfurt ist fast ein kriegsstarkes Armeekorps mit dem gesamten Troß eingezogen. Infanterieregimenter, Artillerie und Kavallerie, sowie Maschinengewehrkolonnen und ein Tankgeschwader bewegten sich bis nachmittag durch die Hauptstraßen der Stadt, welche abgesperrt waren und in denen auch der Verkehr der Straßenbahn nicht möglich war. Zwischenfälle haben sich, soweit bisher bekannt, nicht ereignet, da die Bevölkerung außerordentlich korrekt und sehr zurückhaltend sich verhielt. Die Truppen wurden nach den Kasernen geleitet, die einige Stunden zuvor von den Reichswehrregimentern geräumt worden waren.

Im Laufe des Tages fanden Verhandlungen statt zwischen dem Kommandanten der Besatzungstruppen und dem Magistrat von Frankfurt. Diesem letzteren wurde der Auftrag erteilt, für genügende Unterkunftsräume der Besatzung und Verpflegung der Truppen Sorge zu tragen. Auch mußte sich der Oberbürgermeister für die Ruhe und Sicherheit der Stadt verbürgen. Privatquartiere wurden schon nachmittags in größerem Umfange in Anspruch genommen. Ebenso sind mehrere große Hotels von der Besatzungsbehörde für die Unterbringung der Offiziere mit Beschlag belegt worden.

Marschall Foch und General Degoutte, der Oberkommandierende der Rheinarmee, werden heute in Frankfurt erwartet. Wie ich weiter höre, setzen sich die Besatzungsstreitkräfte zu einem großen Teile, in Darmstadt sogar fast ausschließlich aus farbigen Truppen (Marokkanern und Senegalnegern) zusammen, die schon in aller Stille in der Rheinpfalz, im Rheinland und Elsaß in den Ostertagen zusammengezogen waren. Dies geht daraus hervor, daß seit gestern in Ludwigshafen, Zweibrücken, Landau, Mainz und Wiesbaden die dortigen Besatzungen erheblich vermindert wurden, bezw. daß sie für den Einmarsch in die neutrale Zone verwandt wurden.

Die Unterbindung des Eisenbahnverkehrs zwischen Frankfurt und den übrigen süddeutschen Städten muß als hart empfunden werden. Die Post ist ausgeblieben, und ebenso ist die Abreise vieler Personen aus Frankfurt zurzeit nicht möglich. Die Behörden arbeiten jetzt unter der Kontrolle der französischen Besatzung, welche die Zusicherung gab, daß sowohl die Regierungsstellen wie die Beamten unbehelligt in ihrer Tätigkeit bleiben könnten, sich aber unbedingt allen Anordnungen der Besatzungsbehörden fügen müßten. Die Briefzensur ist eingeführt, ebenso die Vorzensur der Zeitungen, die heute aber erscheinen sollen, mit Ausnahme der „Frankf. Ztg.", deren Erscheinen noch verboten bleibt.

In Darmstadt hat der Ortskommandeur sich im Schlosse eingemietet, dort sind auch alle öffentlichen Gebäude von den Franzosen besetzt worden.

In einer neuen Kundgebung an die Bevölkerung ermahnen die Oberbürgermeister der besetzten Städte die Bevölkerung, Ruhe und Ordnung zu halten und ermahnen sie, unüberlegte Handlungen gegen Besatzungstruppen und Behörden zu vermeiden.

### Protest der Stadt Frankfurt

Frankfurt a. M., 7. April.

Die Abgeordneten der Mehrheitsparteien überreichten heute dem General Degoutte folgenden Protest:

Die Bevölkerung Frankfurts, vertreten durch die Abgeordneten der drei Mehrheitsparteien, die die Regierung der Deutschen Republik bilden, erheben in Uebereinstimmung mit dem Magistrat Einspruch gegen die ungerechte Besetzung der Stadt durch französische Truppen. Die zur Rechtfertigung der Besetzung angeführten Gründe widersprechen durchaus den tatsächlichen Verhältnissen. Die Regierung der Deutschen Republik folgte bei der Besetzung des Ruhrgebiets keineswegs dem Drucke einer bestehenden Partei, nachdem sie eben erst mit Hilfe der großen Mehrheit des Volkes den militärischen Mächten des alten Regimes einen vernichtenden Schlag beigebracht hatte. Sie war aber gezwungen, die Reichswehr in das Ruhrgebiet einrücken zu lassen, um Leben und Freiheit der Bevölkerung gegen räuberische Banden zu schützen und die Kohlenbergwerke gegen eine drohende Zerstörung sicherzustellen. Es darf kein Zweifel bestehen, daß die Polizeitruppe der Entente aus dem neutralen Teil des Ruhrgebiets zurückgezogen wird, sobald die räuberischen Banden niedergeworfen und die Ordnung wiederhergestellt ist und ihre Aufrechterhaltung dem gewöhnlichen Sicherheitsorganen wieder überlassen werden kann. Die Zusicherung des französischen Oberkommandos, daß die französischen Truppen nur zu vorübergehender Besetzung nach Frankfurt kommen und daß sie sich jedes Eingriffes in die Rechte der Zivilbevölkerung enthalten, muß erfüllt werden, und die Bevölkerung erhebt daher entschiedenen Protest gegen die Verlängerung des Belagerungszustandes, die Aufhebung der Pressefreiheit und die Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte.

### Eine französische Note an Amerika

Paris, 7. April.

„Agence Havas" meldet aus Washigton: Der französische Botschafter Jusserand übergab am Montag die französische Note, in welcher die Regierung der Vereinigten Staaten um ihre Meinungsäußerung zur Besetzung von Städten des rechten Rheinufers ersucht wird.

In unterrichteten Kreisen heißt es, von der Regierung sei darauf bis jetzt noch keine Antwort gegeben worden. Es sei auch wenig wahrscheinlich, daß eine solche überhaupt erfolgen werde. Die Haltung Amerikas sei nur die eines Beobachters, den die Ereignisse interessieren. Die Vereinigten Staaten sehen in dem Vormarsch deutscher Truppen im Ruhrrevier keine Komplikationen unter der Bedingung, daß die Truppen wieder zurückgezogen würden, sobald die normale Lage wieder hergestellt sei.

Haag, 7. April.

Aus Washington wird berichtet: In Amerika folgt man dem Aufmarsch der Reichswehrtruppen im Ruhrgebiet und dem französischen Beschluß, weitere Städte zu besetzen, mit großer Aufmerksamkeit. Das öffentliche Interesse gilt vor allem der Erwägung, daß amerikanische Truppen zur Besetzung notwendig sein könnten. Die Politiker suchen aus der Lage, besonders im Zusammenhang mit der noch schwebenden Frage des Friedensvertrages, Kapital zu schlagen. Die Republikaner erklären, der Senat werde bestimmt Maßnahmen treffen, um die Verwendung amerikanischer Truppen zu verhindern.

„Journal" gibt eine Washingtoner Meldung des Exchange-Telegraph wieder, wodurch in Washington erklärt wird, daß die Möglichkeit bestehe, daß die Vereinigten Staaten an Frankreich eine Note richten, in der sie um Mitteilung bitten, wie weit dieses in Deutschland einzudringen die Absicht habe, und inwieweit die Gerüchte begründet sind, die Frankreich die Absicht zuschreiben, die Zonen zu besetzen, die jetzt von englischen und amerikanischen Truppen besetzt sind, Köln und Koblenz inbegriffen.

Andrerseits sagt der Korrespondent des „Daily Chronicle" in New-York, daß die Drohung Frankreichs, Frankfurt und andere Rheinstädte zu besetzen, in Washington sehr ungünstig beurteilt wird. Man erklärt, daß die Haltung Frankreichs die von Herrn Wilson in einem Briefe an Senator Hitchcock erhobene Anklage rechtfertigt. Es ist ganz offensichtlich, daß die Militärpartei in Frankreich völlig die Oberhand hat. Präsident Wilson betrachtet die Entsendung deutscher Truppen in das Ruhrgebiet nicht als Verletzung des Friedensvertrags. Seiner Ansicht nach ist Deutschland durch die Notwendigkeit, die Ordnung aufr[illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192004081-12/fragment/page=0001
DFG

rechterhalten zu müssen, völlig berechtigt, diese Maßnahme zu ergreifen. Man versichert, daß die Vereinigten Staaten bereits Deutschland ihren Standpunkt in dieser Angelegenheit mitgeteilt hätten.

## Stimmen des Auslandes

**Paris, 7. April.**

In einem in verschiedenen Blättern veröffentlichten Zirkulartelegramm Millerands an die Verbünden heißt es:

„Die Situation, die durch die brüske Offensive der deutschen Truppen vom Ruhrgebiet geschaffen worden ist, zwingt die französische Regierung, militärische Maßnahmen ins Auge zu fassen, deren Ausführung nicht verschoben werden kann. Diese Maßnahmen haben als einzigen Zweck, Deutschland zum Respekt des Vertrages zurückzubringen. Sie haben lediglich den Charakter des Zwanges und der Vorsicht"

Der Pariser Korrespondent des Amsterdamer „Handelsblad" berichtet über die Stimmung in Paris. Die Frage, die alles beherrscht, sei augenblicklich die, ob die französische Aktion isoliert bleiben wird oder ob die Alliierten sie unterstützen werden. Journalisten gegenüber hat Millerand mit einem optimistischen Lächeln erklärt: England hat den Sieg ergeizt, Frankreich auch! Sie werden sehen, wie gut alles ablaufen wird. Die französischen Blätter erwähnen jedoch die englische Ansicht, daß Frankreich nicht hätte auf eigene Faust handeln sollen. „Echo de Paris" erwartet von den Bundesgenossen nicht die passive Gutheißung einer vollzogenen Tatsache, sondern die vertrauensvolle Mitarbeit. Um so peinlicher wirken die verschiedenen aus New-York und Washington vorliegenden Telegramme, die von Wilsons Plänen sprechen, nicht nur gegen die französische Besetzung zu protestieren, sondern eine Erklärung über die weiteren Absichten in Paris zu fordern.

**Amsterdam, 7. April.**

„Telegraaf" meldet aus Paris, daß die Haltung der Bundesgenossen gegenüber dem Vorrücken der französischen Truppen noch nicht geklärt hat. Die Berichte aus Italien sind nicht sehr günstig. Die italienische Regierung soll die französische bereits haben wissen lassen, daß sie Versöhnungsversuche lieber gesehen hätte als militärische Maßnahmen. Die Berichte aus Washington sind ebenfalls wenig befriedigend. Auf die direkte Unterstützung Amerikas hat Frankreich auf keinen Fall zu rechnen. Sogar von der belgischen Regierung erwartet man nicht, daß sie vorbehaltlos den Beschlüssen Frankreichs zustimmen wird. Der diplomatische Berichterstatter des Londoner „Evening Standard" schreibt, die Besetzung Frankfurts und Darmstadts habe eine ernste Lage geschaffen, die in hohen politischen Kreisen viel Sorge werke.

„Echo de Paris" bringt ein Interview Millerands mit einem Redakteur der „United Preß", in dem gesagt wird: Wir können es nicht dulden, daß sich eine feindliche Armee vor unseren Toren befindet. Ich denke übrigens, daß die Amerikaner das verstehen werden. Sollte es notwendig werden, Truppen einmarschieren zu lassen, so hoffe ich, daß das amerikanische Rheindetachement an dieser Aktion teilnimmt. Da der Frieden von Amerika noch nicht ratifiziert ist, ist dies allerdings gewiß nicht dazu verpflichtet. Ich will also auf diesem Punkt nicht bestehen. Deutschland hat die beiden für die Sicherheit Frankreichs wichtigsten Artikel des Vertrages verletzt. Diese Tatsache ist übrigens so wichtig, daß eine Klausel im französisch-englisch-amerikanischen Defensivbündnis vorgeschlagen ist, die Amerika und England verpflichtet, Frankreich sofort zu Hilfe zu kommen, falls Deutschland Artikel 42 und 44 verletzte. Der Vertrag ist der Ansicht, daß diese Handlungsweise genügt, um keine anderen Provokationen noch zu erwarten.

**Bern, 7. April.**

Die Schweizer Presse urteilt über den französischen Vormarsch im allgemeinen dahin, daß die Rechtslage angesichts der Paragraphen 42 bis 44 durchaus klar, aber andrerseits ebenso klar sei, daß der deutsche Einmarsch in das Ruhrgebiet mit einem eventuellen feindlichen Aufmarsch gegen Frankreich nichts zu tun habe.

## Wer bezahlt?

**Paris, 7. April.**

Marcel Hutin berichtet im „Echo de Paris": Millerand hat die Frage, wer den Vormarsch und die Besetzung deutscher Städte bezahlen wird, wie folgt beantwortet: Deutschland — das ist selbstverständlich, da dieses uns durch seine Haltung zu dieser Maßnahme zwingt. Die Engländer haben den Deutschen alles genommen, was ihre Sicherheit verlangte. Es ist nur gerecht, daß Frankreich, was es selbst betrifft, allen den Klauseln Respekt verschaffte, die ihm seine Sicherheit und die Kohlenlieferungen der Ruhr garantieren. Als ich Millerand fragte, ob die deutsche Regierung sich unserm Standpunkte anschließen würde, antwortete mir der Ministerpräsident mit einem Lächeln, das geeignet war, Optimismus zu erwecken. England ist siegreich gewesen, Frankreich auch. Sie werden sehen. Ich habe das Vertrauen, daß alles gut verlaufen wird.

Im gleichen Blatt schreibt Charles Bonnefon in seiner üblichen Tonart: Ob der Vertrag gut oder schlecht gemacht sei, hat für uns nur noch historisches Interesse. Ueber einen Punkt sind wir uns einig: Frankreich muß vor der doppelten Gefahr, die es bedroht, gerettet werden. Da gibt es nur ein Mittel: Deutschland schonungslos im Guten oder Bösen zu entwaffnen. Unser nationales Leben steht auf dem Spiel. Wenn Deutschland die Entwaffnung verweigert, muß man Frankfurt und die Ruhr besetzen und unsere Zollgrenze zurücksetzen.

## Aus dem Ruhrgebiet

**Berlin, 7. April.**

In Hamm ist die Ordnung wieder voll hergestellt, die Telephonsperre ist aufgehoben. Die Lebensmittelversorgung gestaltet sich dadurch, daß der Ankauf holländischer Lebensmittel gestattet wurde, günstiger. In Essen hat heute morgen die Arbeit in normaler Weise eingesetzt. In den nächsten Stunden wird auch der Eisenbahnverkehr wieder aufgenommen werden können.

## Nationalversammlung

**Zusammentritt am Sonnabend.**

**Berlin, 7. April.**

Die Nationalversammlung wird, wie wir hören, nun doch schon am Sonnabend zu einer Sitzung zusammentreten, um über die neuen Forderungen des Gewerkschaftsbundes freier Angestelltenverbände des deutschen Beamtenbundes und der beiden sozialdemokratischen Gruppen zu beraten. Im Laufe des heutigen Nachmittags hat die Regierung sich mit der Einberufung des Parlaments einverstanden erklärt und der Präsident hat daraufhin die Einberufung angeordnet. Heute nachmittag und abend waren die Parteiführer zu einer neuerlichen Besprechung mit der Regierung über die Kundgebung der am Generalstreik beteiligten Organisationen versammelt. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt. Insbesondere haben sich die Mehrheitssozialisten ihre endgültige Entscheidung für die Fraktionssitzung vorbehalten, die am Freitag stattfinden soll.

## Das neue Reichswahlgesetz

Der Entwurf eines Reichswahlgesetzes vom 27. März 1920 ist nunmehr der Oeffentlichkeit übergeben. Es beruht wesentlich auf einer Kombination der Vorentwürfe B und C und sieht 122 Wahlkreise und 21 Verbandswahlkreise vor. Auf je 60 000 abgegebene Wahlstimmen soll ein Abgeordneter entfallen. Näher auf den Entwurf einzugehen, erscheint einstweilen unnötig, da dem Vernehmen nach unter den Parteien bereits die feste Absicht besteht, die neue Wahlkreiseinteilung fallen zu lassen, so daß die Wahlkreisordnung des Wahlgesetzes für die verfassunggebende Nationalversammlung nur insoweit eine Aenderung erfahren würde, als die durch den Friedensvertrag zur Abtretung gelangten Gebiete es erforderlich machen. Der Hauptunterschied gegenüber dem Wahlgesetz für die Nationalversammlung würde also in der Zuteilung eines Abgeordneten auf je 60 000 Wahlstimmen und in der Einführung der Reichswahlliste bestehen, der die Reststimmen aus den einzelnen Wahlkreisen zufallen.

## Die sogenannte bayerische Verschwörung

W. T. B. verbreitet:

Die Münchener „Post" veröffentlicht in der heutigen Nummer „Dokumente der Konterrevolution", in denen sie einen Beweis für das Bestehen einer monarchistisch-militaristischen Verschwörung in Bayern sieht, die in unmittelbarem Zusammenhange mit der Aktion Kapps an der Herbeiführung eines militärischen Staatsstreichs in Bayern gearbeitet habe.

Zu der Veröffentlichung dieser Dokumente teilt das Reichswehrgruppenkommando 4 mit: Die „Münchener Post" bringt ausführliche Angaben über die angebliche Organisation einer gegenrevolutionären Verschwörung in Bayern, die vornehmlich von Offizieren der Eisernen Schar (Hauptmann Berthold) und der Eisernen Division (Major Bischoff) betrieben worden sein soll. Abgesandte der Eisernen Schar sollen auch an einzelne Offiziere der Bayerischen Reichswehr herangetreten sein. Inwieweit dies tatsächlich der Fall war, und welche Bedeutung dieser Fühlungnahme zuzumessen ist, bedarf der Feststellung. Vorher muß von einer Stellungnahme im einzelnen abgesehen werden, gleichviel, was an den Veröffentlichungen der „Münchener Post" richtig ist oder nicht. Als Tatsache wird jedoch nur um so klarer hervorgehoben, daß die bayerische Reichswehr im entscheidenden Augenblick vollständig in der Hand ihrer Führer geblieben ist und sich keiner gesetzwidrigen Handlung schuldig gemacht hat.

## Das Programm des neuen Ernährungsministers

Der neuernannte Reichsernährungsminister Dr. Hermes äußerte sich über die Linien seines Programms, das er in Uebereinstimmung und mit Billigung der Nationalversammlung durchzuführen beabsichtigt, einem der Verbrauchervertreter Groß-Berlins in den Feststellungskommissionen in folgender Weise:

Als früherer Leiter der landwirtschaftlichen Abteilung im Reichswirtschaftsministerium habe ich immer den größten Wert darauf legen müssen, die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion zu ermöglichen. In allen Fragen der Bewirtschaftung, die eine gewisse Freiheit zulassen, will ich der Landwirtschaft die nachdrückliche Unterstützung angedeihen lassen. Schon in der neuen Bezeichnung des Ministeriums, das „Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft" heißen soll, kommt zum Ausdruck, daß wir die Sicherung der Volksernährung nicht nur allein durch die Erfassung, sondern auch durch die Mehrung der inländischen Produktion anstreben wollen. Insofern wird es sich vom bisherigen Ernährungsministerium unterscheiden, als dieses nicht die Möglichkeit (?) der Produktionsförderung besaß und ihm durch Blockade und Einfuhrschwierigkeiten die Hände gebunden waren. Wir können jetzt dazu übergehen, eine vernünftige Produktionspolitik im ureigensten Interesse der Volksernährung zu treiben und mehr auf heimischer Scholle die Politik der „zwei Getreidehalme" zu führen. Darunter verstehe ich, durch entsprechende Behandlung und Düngung des Bodens zu versuchen, dort zwei Halme zu gewinnen, wo bisher nur einer wuchs. Wem das gelingt, der hat nach einem bekannten Zitat mehr getan als der größte Staatsmann und Politiker. Für mich steht also die Sicherung der Volksernährung im Vordergrunde und sie muß ihre gesunde Grundlage in der Schaffung aller Möglichkeiten für eine vermehrte Erzeugung finden, um das Quantum an Lebensmitteln, das wir bauernd aus dem Auslande einführen müssen, auf ein entsprechendes Maß beschränken zu können. Wird die Landwirtschaft unterstützt, kommen wir ihr dadurch entgegen, daß wir die Gelegenheit zur Produktionsbebung schaffen durch Einfuhr von Hilfsstoffen, Herstellung von künstlichem Dünger, Beschaffung und Zuweisung landwirtschaftlicher Maschinen, Regelung der Arbeiterfragen, dann wird es ihr möglich sein, in umfassenderer Weise als bisher an der Lösung der Aufgaben der Volksernährung mitzuwirken.

Diese Mitarbeit muß gleichzeitig getragen sein vom festen Willen, alles für die behördliche Bewirtschaftung herzugeben, was irgendwie entbehrlich ist. Ich halte daher daran fest, daß nach der Förderung der Produktion mit allem Nachdruck die Erfassung der bewirtschafteten wichtigen Lebensmittel und ihre Zuführung im Wege behördlicher Verteilung an die Verbraucherkreise erfolgt. Es kann niemand, der es mit seiner Verantwortung ernst nimmt, heute die Frage zur Erörterung stellen, ob die Zwangswirtschaft aufzuheben sei. Die Notwendigkeit der behördlichen Bewirtschaftung muß anerkannt werden. Der Landwirtschaft müssen wir auch dadurch entgegenkommen, daß wir ihr eine vernünftig gerichtete Preispolitik gewähren.

Werden die festgesetzten Garantiepreise dabei für ausreichend gehalten oder beabsichtigt man darüber hinauszugehen?

Die garantierten Preise sind aufgebaut auf den Produktionskostenstand von Anfang 1920. Sie waren nach den damaligen Verhältnissen als eine Preisgarantie gedacht und mittlerweile ist eine weitere Verteuerung der Produktionsmittel eingetreten und dem entsprechend müssen diese Mindestpreise eine neue Revisionung erfahren. Ueber das Maß der Erhöhung kann man heute noch nichts sagen.

Auf die Frage: Beabsichtigt der Herr Reichsminister alle sich bei der Zwangsbewirtschaftung bewährten Einrichtungen und besonders die Feststellungskommissionen, soweit sie als Organe der Erfassung zu gelten haben, zu belassen? — antwortete der Minister:

„Ich möchte ganz allgemein sagen: Alles, was zur Durchführung unseres öffentlichen Bewirtschaftungsprogramms notwendig und nützlich ist, müssen wir beibehalten. Ich werde die Frage der Feststellungskommission zum Gegenstande einer eingehenden Beratung mit den maßgeblichen Stellen machen und der Verbraucherschaft die Möglichkeit der Kritik und Mitarbeit an unserem Programm, für das ich in den nächsten acht Tagen die Unterlagen zusammenstellen lasse, geben.

Gegenüber diesen Auslassungen zur Frage der Zwangswirtschaft können wir nur wiederholen, daß wir die Taten des neuen Ministers abwarten werden.

---

(Nachdruck verboten.)

# Bis in das Elend.

### Ein Kampf um das Deutschtum.

7) Von Max Treu-Halle.

15. Dezember 1865.

Ringsum Winter! Hoch herab von den ewigen Bergen ist er in Schnee und Eis gehüllt zu uns gestiegen, und seine Herrschaft ist keine sanfte. Fußhoch liegt der Schnee, und durch die Lüfte zieht ein klingender Frost, der die Bäume draußen in den Wäldern krachen läßt. Aber man kennt den grimmigen Herrn hier schon und hat sich vorgesehen. Große mächtige Kachelöfen in den Stuben lassen seiner Laune lachen, und meine Schulkinder, Buben wie Mädchen, ziehen Pelzkappen über die Ohren und Pelzfäustlinge über die Hände, und dann tummeln sie sich draußen in der klaren Winterluft, lassen ihre Schlitten von den nahen Anhöhen herab bis in die Dorfstraße sausen, bauen Schneemänner und fechten ihre Fehden in lustigen Schneeballschlachten aus.

Die Kinder des Polen aber lassen sie nicht mitspielen, und wenn etwa mal eins von den sechsen, die im Alter von vier bis zwölf Jahren stehen, sich in den fröhlichen Haufen mischen will, so stürzt der ganze Schwarm unter lautem Geschrei drauf los, stößt, schuppt und pufft es, bis es weinend in das Haus flüchtet. Nur der älteste, zwölfjährige Junge, ein ebenso kräftiger und strammer wie schmutziger Bengel, wehrt sich und macht von seinen gesunden Fäusten jedesmal herzhaften Gebrauch, so daß nach solcher Fehde der eine oder der andere von den unsern jedesmal mit blauen oder braunen Augen nach Hause kommt.

„Der Radnicki-Joseph war's!" heißt es dann.

„Schlagt ihn wieder, wenn ihr ihn erwischt!" lautet die Gegenrede von Eltern und Geschwistern.

Mir will dieser Kinderkrieg nicht gefallen. Er hat etwas Verrohendes und bringt in die jungen Herzen einen Zug von Unduldsamkeit und Härte, der ihnen in diesen Jahren jedenfalls noch nicht eigen sein sollte. Auch tun mir die Polenkinder zuweilen im stillen leid. Es wären hübsche Kinder, alle sechs von dem feinen, schlanken, geschmeidigen germanischen Typus, blassen Gesichts mit prachtvollen großen, dunklen Augen, wenn sie nur nicht so entsetzlich schmutzig wären! Aber hierfür kann man sie selbst ja nicht verantwortlich machen, sondern nur die Eltern, von denen sies nicht besser gelehrt bekommen und nicht besser sehen. Ich sehe es ihnen zuweilen an, wie gerne sie in der Ferne stehen und zusehen, die größeren trotzig die Hände in den Taschen, die kleinen verlegen den Finger im Mund, und in ihren Augen leuchtet es von Verlangen und verhaltener Kinderlust. Dann tun sie mir wirklich leid — — —

Und so bin ich denn mit einem Bauern, der mir als Dolmetscher dienen sollte, zum Radnicki gegangen und habe ihn gefragt, ob er denn seine Kinder nicht zu uns in die Schule schicken wollte. Zwar herrsche kein Schulzwang im Lande Ungarn, und niemand könne ihn dazu zwingen, aber gut wäre es doch, wenn die Kinder etwas lernten und mit den anderen Fühlung bekämen. „Wenn Ihr die Kinder polnisch unterrichten wollt", hatte der Radnicki durch den Dolmetscher entgegenet, „dann will ich sie Euch schicken".

„Polnisch?" fragte ich erstaunt. „Das kann ich selber nicht! Und Ihr seid doch hier in einem deutschen Dorfe, wo Ihr Euch der Mehrzahl in Sprache, Sitten und Gebräuchen fügen müßt! Ihr versteht mich, was ich meine?"

Da hatte er wieder sein häßliches, unausstehliches Lachen gelacht und geantwortet:

„Nix deitsch! Gor nix deitsch!"

Und durch den Dolmetscher ließ er dann weiter sagen: er sei Pole, und seine Kinder seien Polen und sollten's bleiben. Die Bauern hätten ihn in die Acht getan, weil er Pole sei, und durch seine Kinder werde er ihnen am allerwenigsten den Versöhnungskuß geben.

„Nicht, weil Ihr Pole seid", sagte ich, „hat man Euch geächtet, sondern weil Ihr Euch auf krummen Wegen hier eingeschlichen habt! Deshalb!"

Und wieder lachte er und entgegnete:

„Nix deitsch! Gor nix deitsch!"

Mit dem Dickkopf ist nichts anzufangen, und uns hat man noch Vorwürfe gemacht, weil ich mit ihm verhandelt habe. Man solle die Polenbrut in ihrem Dreck ersticken lassen, sagten uns die Bauern: sie sähen gar nicht ein, warum die Deutschen allewege die Waschmeister der Polen sein sollten — Dank hätten sie dafür doch nicht.

In dieser Beziehung sind die Bauern hart. „Keine Gemeinschaft mit dem Herzugelaufenen!", so sagten sie, und danach handeln sie. Kein Mensch grüßt den Polen, aber viele speien aus, wenn sie ihm auf der Gasse begegnen. Ich fürchte immer, daß dieser stille Krieg einmal zu einem lauten und offenen werden könne — — —

Der beste Freund des Radnicki scheint mein alter Bekannter Stawienski zu sein. Er ist fast täglich in der Schänke drüben, und dann sitzen die beiden stundenlang beieinander und führen die eifrigsten Gespräche. Was sie aber reden, weiß kein Mensch.

Pfarrer Mathias glaubt, daß Radnicki nur ein Strohmann ist, der von einem Konsortium Ungarn und Polen vorgeschoben wurde, um unsere geschlossene deutsche Gemeinschaft zu sprengen. Das steht fest, daß Radnicki selbst nicht so viel Vermögen hatte, um die Wirtschaft kaufen zu können, und daß er es daher von anderen erhalten haben muß — ob als Leiher oder als Strohmann, das steht dahin. Jedenfalls aber ist es kein schlechtes Geschäft gewesen, was da gemacht worden ist, denn trotz des tiefen Schmutzes, in den Radnicki das ganze Anwesen verfallen läßt, geht seine Wirtschaft vortrefflich; besser fast noch als zu Frohbers Zeiten, und Ungarn und Polen aus der ganzen Umgegend haben dort ihre Zusammenkünfte. Die Ungarn trinken Wein, und die Polen saufen Schnaps; ihre blanken Silberstücke aber fließen in ungezählten Mengen in Radnickis Tasche, der sich vergnügt schmunzelnd die Hände reibt.

Dagegen hat der arme Martin Peltz schwere Tage. Der Fuhrwerksverkehr ist jetzt im Winter ohnehin nicht so stark wie im Sommer. Zwar ruht er nie völlig, nur daß statt der Wagen Schlitten gehen, aber der Sommer ist doch lebhafter. Alles jedoch, was an Schlitten kommt, hält bei Radnicki an, und der brave Martin muß traurigen Blickes auf die Schlittenburg sehen, die zuweilen vor seines Konkurrenten Hause aufgebaut ist, während bei ihm selbst kein einziger Gast im Zimmer sitzt und kein einziges fremdes Roß im Stalle steht. Die einheimischen Bauern aber kommen höchstens Sonntags mal zu einem Trunk, und davon kann der gute Martin nicht satt werden oder das Zipperlein kriegen, wie einst der Kaspar Frohber. Darum sieht er immer sauer und mißvergnügt drein, und die Gemeinde hat ihm versprechen müssen, sein Defizit aus Gemeindemitteln zu decken.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192004081-12/fragment/page=0002

# Polonisierung des deutschen Ostens

## Verräter am Deutschtum

Der Königl. Preußische Geheime Kommerzienrat Louis Aronsohn, Ehrenbürger der Stadt Bromberg, Mitglied der verfassunggebenden preußischen Landesversammlung, Ritter pp. und Inhaber des im ganzen Osten weit bekannten Bankhauses M. Stadthagen, hat es für richtig befunden, dieses, sein Lebenswerk in polnische Hände zu spielen. Aus der bisher offenen Handelsgesellschaft wird eine Aktiengesellschaft gebildet, in welcher die polnische Bank Handlowy mit der Hälfte des Aktienkapitals beteiligt ist. Da der bisher unbestritten und vollkommen autokratische Leiter des Bankhauses, Geheimrat Aronsohn, nunmehr aus der Leitung ausscheidet und in die Leitung selbstverständlich Vertrauensleute der polnischen Bank eintreten werden, dürfte es nicht lange dauern, bis dieses große Bankunternehmen polonisiert ist. Noch schwerwiegender sind aber die mittelbaren Folgen dieses Ueberganges deutschen Besitzes in polnische Hand. Denn wie der „Kurjer Poznanski" zutreffend und triumphierend schreibt, ist durch den Uebergang eine Bresche in die deutsche Industrie des Netzegaus gelegt, welche in engster Verbindung mit dem Bankhaus Stadthagen gestanden. Viele Betriebe haben Kredite oder sonstige Verbindungen mit Stadthagen gehabt, und da ist es naturgemäß, daß auch sie allmählich dem Einfluß ihrer Geldgeber unterliegen und polonisiert werden.

Gleichzeitig mit dem Uebergang des Bankhauses ist auch die von Stadthagen vollkommen abhängige Gruenauersche Buchdruckerei, Richard Krahl, welche die „Ostdeutsche Presse" herausgibt, an ein Warschauer Konsortium übergegangen. Die Gruenauersche Buchdruckerei, welche hier seit 1806 besteht und die einzige wirklich große, moderne Druckerei in Posen ist, und auch durch ihre großen Bestände an Papier, Schriften usw. von allerhöchstem Wert für das Deutschtum war, ist so den Polen in die Hände gespielt worden. Bis zum letzten Augenblick haben der Leiter des Bankhauses Stadthagen, ebenso wie der Junior-Partner der Druckerei es bestritten, daß irgend eine Gefahr des Ueberganges in polnische Hände vorliege, und da man leider den Versicherungen der Herren glaubte, wurde das Deutschtum plötzlich vor die traurige Tatsache gestellt. Die in der deutschen Presse Polens verbreitete Mitteilung, daß die Leitung der „Ostdeutschen Presse" deutsch bleiben werde und man die bisherigen Schriftleiter beibehalten wolle, ist auch nur eine Vorspiegelung falscher Tatsachen gewesen, denn der erste Schritt der neuen Geschäftsleitung, in welcher Herr Richard Krahl junior, preußischer Reserveoffizier, geblieben ist, war der, die Schriftleitung unter Auszahlung von Abfindungen zu entlassen. Es ist geplant, die Druckerei zu einem polnischen Buch- und Schriftenverlag auszubauen, dessen Leitung dem Professor an der Lemberger Universität, Herrn Thaddäus Pini übertragen wurde, der auch gleichzeitig die Leitung der „Ostdeutschen Presse" übernimmt. Damit ist die Gefahr verdoppelt worden, denn die „Ostdeutsche Presse" wird nunmehr als polnisches Blatt in deutscher Sprache erscheinen. Was das bei der leider noch großen Verbreitung des Blattes und überhaupt dem Einfluß der Presse auf das große, politisch nicht geschulte Publikum zu bedeuten hat, liegt auf der Hand.

Wir haben es bei diesen Vorgängen mit einem Geschehnis zu tun, das nur als schlimmster Verrat am Deutschtum bezeichnet werden kann. Der Herr Geheime Kommerzienrat, Besitzer ungezählter Millionen, hat, um weiteren materiellen Vorteils willen, dem Deutschtum einen Schlag versetzt, der kaum wieder gutgemacht werden kann. Von der Stadt Bromberg mit allen erdenklichen Ehren, die einem verdienten Manne verliehen werden können, überhäuft, hat er sich nicht gescheut, sein Lebenswerk, von dem er sich nunmehr an seinem 70. Geburtstag zurückzieht, mit einer solchen Thersitestat zu krönen.

## Schutz der Minderheitsrechte in Polen

### Eine deutsche Abordnung in Warschau.

Wie das „Posener Tageblatt" mitteilt, überreichte eine aus Landrat a. D. Naumann, Pastor Kammel, Dr. Loewenthal und Dr. Scholz bestehende Abordnung des Posener Deutschtumsbundes zur Wahrung der Minderheitsrechte am 7. März in Warschau dem Landtagsmarschall v. Trampczynski eine Denkschrift über die an verschiedenen Orten des ehemals preußischen Teilgebietes vorgekommenen Fälle der Verletzung der Minderheitsrechte durch Ortsbehörden. In einer längeren Ansprache, die sich an die Ueberreichung der Denkschrift knüpfte, erklärte Herr v. Trampczynski in Anwesenheit zweier Vertreter des Ministeriums für das ehemals preußische Teilgebiet, daß er alle etwa wirklich vorgekommenen Rechtsbeugungen unbedingt verurteile. Das formale Recht müßte unter allen Umständen respektiert werden. Wo das nicht geschehen sei, müßte Abhilfe geschaffen werden. Den deutschen Vertretern wurde eingehende Prüfung ihrer Beschwerden zugesagt und baldige Ansetzung einer Besprechung von Vertretrn des Ministeriums für das ehemals preußische Teilgebiet mit Vertretern der deutschen Bevölkerung Polens in Aussicht gestellt.

Am 29. März überreichte die Abordnung die Denkschrift auch dem Oberhaupte des polnischen Staates, Pilsudski, der in seiner Erwiderung auf die deutschen Ansprachen, die die Wünsche und Beschwerden der deutschen Bevölkerung von verschiedenen Seiten beleuchteten, ungefähr folgendes sagte:

„Ich habe während meines ganzen Lebens den Grundsatz vertreten, daß jedes Volk Anspruch auf Schutz seiner Sprache und seiner Kultur durch den Staat, dem es angehört, hat. Diesen Grundsatz vertrete ich auch heute noch. Der demokratische polnische Staat will und muß die kulturellen Rechte aller seiner Bürger wahren. Ich halte es für falsch, dem Unglück eines Volkes noch die Rache hinzuzufügen. Ich bin Präsident eines konstitutionellen Staates, und meine Macht, in Einzelheiten des staatlichen Lebens einzugreifen, ist vielleicht nicht so groß, wie Sie, meine Herren, denken. Aber was in meiner Macht liegt, zu einem friedlichen Zusammenleben der beiden Nationen, der polnischen und der deutschen, im polnischen Staate beizutragen, soll geschehen."

Was die Polen unter Freiheit verstehen, dafür zwei Beispiele:

„150 Jahre haben die Deutschen zu germanisieren versucht und es ist ihnen nicht gelungen. Wir Polen werden nur fünf Jahre polonisieren und wir werden glänzende Erfolge haben." Das ist ein bekannter Ausspruch eines polnischen Führers. Und in der Tat, rücksichtslos geht der Pole gegen den Deutschen vor. Sein Ziel ist, die Deutschen möglichst aus den preußischen Provinzen Westpreußen und Posen herauszubringen. Dafür zwei Beispiele:

Vom ersten Tage ab ist die polnische Sprache als Amtssprache eingeführt worden. 104 Jahre haben seinerzeit die Preußen verstreichen lassen, ehe sie die deutsche Sprache als Verkehrssprache einführten. 1772 war die erste Teilung Polens. Am 28. August 1876 ist in Posen erst das Deutsche zur Amtssprache erhoben und noch in den 80er und 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts trugen z. B. die elektrischen Straßenbahnwagen der Stadt Posen die deutsche und polnische Aufschrift.

Alle Fuhrwerksbesitzer müssen an ihren Wagen eine Namenstafel tragen. Sie muß auf weißem Grunde die Schrift in roten Buchstaben, den polnischen Nationalfarben entsprechend, haben. Wir wundern uns nur, daß die Polen statt der schwarzen Tinte noch nicht die rote Tinte eingeführt haben!

Das ist die polnische Freiheit

## Grundsätze des Bundes der Landwirte

Die „K. d. B. d. L." veröffentlicht folgendes Wirtschaftsprogramm des Bundes des Landwirte:

Die Ernährung des deutschen Volkes ist heute abhängig von der Leistung der deutschen Landwirtschaft. Die Einfuhr von Nahrungsmitteln aus dem Auslande erfordert bei dem heutigen deutschen Geldwerte so enorme Kosten, daß sie das deutsche Volk nur vorübergehend zu leisten in der Lage ist. Deshalb ist **erste wirtschaftliche Bedingung**, die landwirtschaftlichen Verhältnisse so zu gestalten, wie sie die Landwirtschaft braucht, um wieder zu ihrer früheren Leistungsfähigkeit zu gelangen.

Für seine Tätigkeit der nächsten Zeit legt der **Bund der Landwirte** daher folgende Grundsätze fest:

1. Die wichtigste wirtschaftliche Aufgabe Deutschlands ist zurzeit die **Wiedergewinnung und Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung.** Sie ist die Voraussetzung und Grundlage für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens.
2. Um dies zu erzielen, ist die **baldige Befreiung** der Landwirtschaft von den **Fesseln der Zwangswirtschaft** erforderlich. Nur in freier Betätigung vermag die deutsche Landwirtschaft die alte Leistungsfähigkeit zurückzugewinnen.
3. Um diese Entwicklung sicherzustellen, müssen der Landwirtschaft in genügendem Umfange und zu angemessenen Preisen **alle notwendigen Betriebsmittel, insbesondere Dünge- und Futtermittel,** zur Verfügung gestellt werden.
4. Ebenso ist dazu nötig die **wirtschaftliche Hebung des Landarbeiterstandes,** dessen politische und soziale Rechte sicherzustellen sind.
5. Die Ausgestaltung der **Landarbeitsordnung** ist in Einklang zu bringen mit den allgemeinen landwirtschaftlichen Verhältnissen. Hierbei muß die Berücksichtigung örtlicher Verhältnisse offen gelassen werden. Insbesondere ist die **Arbeitszeit den natürlichen und örtlichen Verhältnissen anzupassen.**
6. Die genügende Entlohnung der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer hat die Sicherung einer Preisgestaltung für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zur Voraussetzung, die die jeweiligen **Unkosten** der Erzeugnisse deckt **und dem** Landwirt eine **angemessene Entlohnung** beläßt.
7. Nachhaltige Förderung **der Ansiedlung,** insbesondere **der Kriegsteilnehmer.**
8. Umfassende Förderung des **Meliorationswesens** durch erleichterte Gewährung von möglichst niedrig verzinslichen amortisierbaren Meliorationsdarlehen an Genossenschaften und Einzelpersonen.
9. Zur Erhaltung des ländlichen **Besitzes ist bei der Steuergesetzgebung** die Eigenart der landwirtschaftlichen Betriebe und deren Leistungsfähigkeit zu berücksichtigen, insbesondere bei der Erhebung von Vermögenssteuern und Vermögensabgaben. Starke Heranziehung der wirklichen Kriegsgewinne und der Revolutionsgewinne, dagegen Schonung des Betriebskapitals.
10. Aufrechterhaltung der **Ordnung und Ruhe** im Reiche, ohne die eine wirtschaftliche Förderung nicht möglich ist. **Sicherung von Person und Eigentum,** ohne die die landwirtschaftliche Erzeugung und damit die Ernährung des deutschen Volkes auf das schwerste gefährdet werden. **Ausschaltung** daher auch der Ausdehnung **der Sozialisierungspläne auf die Landwirtschaft.** Nur dann ist die deutsche Landwirtschaft in der Lage, die Ernährungsmöglichkeit des deutschen Volkes zu sichern, wenn sie unberührt von unnatürlichen Eingriffen in ihre Tätigkeit, in Ruhe ihrer Arbeit nachgehen kann. Ordnung und Ruhe können aber nur gewährleistet werden von einer starken Staatsgewalt, die gestützt auf ein wahres Volksheer, zusammengesetzt aus allen Schichten der Bevölkerung.
11. Zur Durchführung dieser Aufgaben und zur Wiedererstarkung der Stellung der Landwirtschaft im Reiche, bedürfen wir der **Mitarbeit unserer Frauen** in weitestem Umfange, und zwar einer Mitarbeit sowohl politischer Art wie insbesondere auf dem großen Gebiete der landwirtschaftlichen Wohlfahrtspflege.
12. Die gleichmäßige Wahrung der Rechte aller Berufsstände ist bedroht durch eine **einseitige Bevorzugung der Gewerkschaften.** Die deutsche Landwirtschaft verlangt daher die Gleichstellung aller Organisationen der schaffenden Stände mit den Gewerkschaften der Arbeiter, Beamten und Angestellten. Dazu fordern wir die Schaffung einer berufsständigen Vertretung in einem **„Reichswirtschaftsrat",** in dem die Landwirtschaft eine ihrer wirtschaftlichen Bedeutung entsprechende Vertretung findet.
13. Der Wiederaufbau unseres ganzen staatlichen Lebens, unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, die Wiedergesundung von Handel und Wandel, kann nur erfolgen, wenn **Pflichtbewußtsein, Arbeitslust und Unbestechlichkeit** wieder zur vollen Geltung in Deutschland kommen. Das Land muß die Quelle werden für die Wiedererstarkung der erschütterten Moral in Deutschland.
14. Wie die Landwirtschaft im deutschen Boden wurzelt, so tritt sie ein für die Entwicklung eines starken Deutschtums, **weist zurück undeutsche Art!** Sie wendet sich gleicherweise gegen die Vergewaltigungen durch den internationalen Groß-Kapitalismus wie gegen die Schreckensherrschaft des Bolschewismus.

In unmittelbarster Berührung mit der Natur ist die Landwirtschaft erfüllt von religiösem Empfinden. Sie tritt daher ein **für Erhaltung unserer Religion, für Erhaltung der christlichen Schule!**

**Eine lohnende Beschäftigung hat Herr Noske gefunden. Er ist, wie die „Freiheit" mitteilt und wir bestätigen können, für einen großen amerikanischen Zeitungskonzern, die Hearstpresse, engagiert worden. Er soll eine Reihe von Artikeln schreiben, für die er ein Honorar von etwa einer Million Mark erhält. Man entsinnt sich wohl noch der widerlichen Hetze, die gegen Ludendorff und Tirpitz einsetzte wegen ihrer angeblich ungeheuren Gewinne aus ihren Büchern. Nun haben die Unabhängigen ihren Kautsky und die Mehrheitsgenossen ihren Noske, die beide nicht daran denken, ihre bescheidenen Honorare den Parteikassen zuzuführen.**

# Provinz Sachsen

## Die politische Entwicklung in Gotha

(Von unserem ständigen Mitarbeiter.)

△ **Gotha, 6. April.**

Bekanntlich haben sämtliche Abgeordneten des Landtags mit Ausnahme der Unabhängigen ihre Landtagsmandate niedergelegt und ihre Listennachfolger werden sich ihnen anschließen. Die Niederlegung ist erfolgt, weil die Abgeordneten die Ueberzeugung haben, daß die Regierung und Unabhängigen Mitglieder des Landtags nicht ohne Mitschuld an den blutigen Ereignissen sind, die sich in Gotha abgespiel haben Die Regierung, die sich vollständig aus Unabhängigen zusammensetzt und von jeher die kommunistische Bewegung begünstigt hat (die Gothaer Unabhängigen stehen überhaupt auf dem extremsten Flügel ihrer Partei), hat im Landtage erklärt, daß sie nicht daran denke, irgend welche Konzessionen zu machen und nur der Gewalt weichen würde. Die Gothaische Regierung hat sich um die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen recht wenig gekümmert und bekannt ist, daß die Reichsregierung erst kürzlich Beschlüsse des Gothaischen Landtags, welche die Regierung als Gesetz verkündet hatte, für ungültig erklärt hat, weil Verfassungsvorschriften dabei nicht eingehalten worden seien. Diese Entscheidung des Reiches hat die Regierung weder veröffentlicht noch das Geringste getan, sie zu respektieren, im Gegenteil, man hat Anordnungen getroffen und Zahlungsanweisungen erlassen, als ob die Gesetze gültig seien und das geschah nach der Ungültigkeitserklärung durch das Reich. Die Regierung hat die Zeitfreiwilligen, die auf Grund reichsgesetzlicher Vorschriften gebildet worden sind, einfach für aufgehoben erklärt und es gewagt, die Staatsbeamten und sogar Kommunalbeamte (!) zu entlassen und ihnen alle Zahlungen zu sperren, nur deshalb, weil sie sich für Aufrechterhaltung verfassungsmäßiger Zustände zur Verfügung gestellt haben. Auch um das Sperrgesetz des Volksrates für Thüringen kümmert man sich in Gotha wenig; hat man doch in letzter Zeit, entgegen der Bestimmung des Sperrgesetzes, höhere Beamte ohne Befragung des Staatsrats angestellt, so z. B. Bezirksschulräte. Das ganze Schulwesen in Gotha in sozialistische und kommunistische Hände zu bekommen, war offenbar die Hauptaufgabe und Hauptziele der Regierung. Weiter wird das Märchen verbreitet, daß die Räteармее nur das Ziel gehabt hat, verfassungsmäßige Zustände wiederherzustellen und verräterisches Militär zu bekämpfen. Daß viele Arbeiter diese Auffassung haben, soll gar nicht bestritten werden, aber die Bekanntmachungen des roten Vollzugsrates, die Nachrichten der „Mitteilungsblätter", die Erlasse und Bekanntmachungen aller möglichen Stellen lassen gar keinen Zweifel daran, daß die Führer der kämpfenden Arbeiter nicht den Schutz, sondern den Sturz der Reichsregierung beabsichtigten. Die anstehenden Strafverfahren werden Klarheit in diese Verhältnisse bringen.

*

### Ein Kommunistenstück

Wie uns von gutunterrichteter Seite gemeldet wird, wurde der Landrat in Delitzsch am Dienstag abend gegen 9 Uhr in seiner Privatwohnung bei Delitzsch von „Kommunisten" verhaftet und wider seinen Willen nach Bitterfeld gebracht. Am anderen Morgen wurde der Landrat wieder freigelassen. Er begab sich nach Magdeburg, um vermutlich hier an zuständiger Stelle Beschwerde zu erheben.

*

Es ist bezeichnend für unsere Zeit, daß gegen Beamte, die in keiner Weise politisch hervorgetreten sind, derartige Uebergriffe erfolgen können. Es ist kein Wunder, daß unter diesen Verhältnissen unsere Verwaltung, die schutzlos der Willkür radikaler Elemente ausgesetzt ist, immer schlechter wird. Wenn die Regierung hier nicht energisch durchgreift, so steuern wir schließlich Zuständen entgegen, wie sie zurzeit im Vogtlande herrschen.

*

n. **Spören** b. Stumsdorf, 7. April. (Neuer Pfarrer und Superintendent.) Nach dem Weggange unseres bisherigen Ortspfarrers, des Konf.-Rates D. Dr. von Rhoden, hätte eigentlich die Gemeinde das Wahlrecht gehabt. Da jedoch die oberste Kirchenbehörde die Absicht hatte, die Superintendentur Brehna-Zörbig mit der hiesigen, reich dotierten Pfarrstelle zu verbinden, hatte auch sie das Besetzungsrecht. Vom Evangel. Oberkirchenrat in Berlin wurde in Aussicht genommen der Geheime Konsistorialrat Militär-Oberpfarrer Bock in Königsberg in Ostpreußen. Derselbe hat kürzlich die vorgeschriebene Probepredigt und Katechisation gehalten. Einspruch seitens der Gemeinde ist nicht erhoben worden; so ist ihm denn die Stelle vom 1. April ab übertragen worden; doch ist der Genannte noch verhindert, sie anzutreten, und auf einige Wochen beurlaubt. Bald jedoch dürfte seine feierliche Einführung erfolgen.

— **Magdeburg,** 7. April. (Generalmajor v. Groddeck) ist auf Anordnung des Reichswehrministers aus der polizeilichen Sicherheitshaft entlassen worden, und zwar aus Gründen, die in seinem Gesundheitszustand liegen. von Groddeck begibt sich in das Offizier-Genesungsheim in Alexisbad im Harz; er hat seinen Aufenthaltsort den Behörden mitgeteilt und sich zur Verfügung des Gerichts gestellt.

R. **Gotha,** 6. April. (Mandatsniederlegung der U. S. P.-Stadtverordneten.) In der letzten Sitzung der Stadtverordneten hatten die Mitglieder der U. S. P. einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, dessen Dringlichkeit indessen abgelehnt wurde. Die Folge war, daß die ganze Fraktion, welche beinahe die Hälfte der Sitze inne hat, auszog und sich in den Schmollwinkel setzte. Nunmehr haben alle Stadtverordneten der U. S. P. ihre Mandate niedergelegt und auch ihre eventuellen Listennachfolger veranlaßt, auf ihre Wahl zu verzichten. Die Folge ist, daß Neuwahlen zum Stadtparlament stattfinden müssen.

tzk. **Kahla,** 6. April. (Ein geriebener Gauner), der sich fälschlicherweise als Postbeamter ausgab, wurde hier festgenommen. Unter dem Vorgeben, nach hier versetzt worden zu sein und Wohnung oder einen Raum zur Unterbringung seiner Möbel zu suchen, näherte er sich den Leuten und bat dann um ein Darlehn von 300 bis 400 Mark zur Einlösung der Fracht für Möbel. Um seine Kreditfähigkeit zu beweisen, zeigte er mehrere Sparkassenbücher mit Einzahlungen bis zu 4000 Mark vor und gab sie auf Wunsch auch in Pfand. Auf diese Weise gelang es ihm in zwei Fällen, von hiesigen Einwohnern 400 und 375 Mark zu erlangen. Die ganze Sache erwies sich als Schwindel. In seinem Besitz wurden vier Sparkassenbücher der Sparkassen in Eisleben, Wittenberg und Jena, ein verstellbarer Zahlenstempel sowie Legitimationspapiere auf falschen Namen und über 900 Mark Papiergeld vorgefunden. Die Eintragungen über die Einzahlungen in den Sparkassenbüchern waren gefälscht und mit Hilfe des Zahlenstempels von ihm selbst bewirkt worden. Wahrscheinlich ist er auch schon in anderen Städten aufgetreten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192004081-12/fragment/page=0003
DFG

# Halle und Umgebung

Halle, 8. April.

## Das verteuerte Rauchen

Die neue Tabaksteuer ist am 1. April in Kraft getreten. Es wurden bereits vor längerer Zeit die Sätze bekanntgegeben, die am 16. August 1919 von der Nationalversammlung gebilligt waren. Auf den Einspruch der Tabakindustrie, die durch diese sehr beträchtlichen Preissteigerungen ihre Existenz schwer bedroht sah, ist von den zuständigen Stellen eine erhebliche Milderung der Steuergebühren in sichere Aussicht gestellt worden. Obwohl die Steuer nunmehr in Kraft getreten ist, herrscht sowohl in Kreisen der Industrie wie des Groß- und Kleinhandels noch vielfach Unklarheit darüber, wie die Steuer gehandhabt wird. Ebenso ist auch den Zollbehörden bisher keine entschiedene Verfügung bekannt geworden. Soll es mit der Tabaksteuer gehen wie mit der Luxussteuer, die erst ein paar Monate später in Kraft trat, als angezeigt worden war, die dann aber doch für das zuerst genannte Datum rückwirkend berechnet wurde?

Nach den Erhöhungen wird also eine Zigarre im Verkaufspreis von 8 Pfg. 8,3 Pfg. kosten. Eine 12-Pfg.-Zigarre kostet dann 13,2 Pfg. Eine 1-Mark-Zigarre wird sich schon auf 1,30 Mark stellen. Die Sätze steigen dann bis zu 1,20 Mark für eine 3-Mark-Zigarre und was darüber ist, wird mit 1,60 Mark für das Stück versteuert. Zigaretten werden versteuert bei einem Verkaufspreis von 3 Pfg. 1 Pfg., bei 12 Pfg. 4,1 Pfg., bei 20 Pfg. 8,7 Pfg., bei 25 Pfg. 11 Pfg., bei 30 Pfg. 14 Pfg., bei 50 Pfg. 25 Pfg., über 50 Pfg. 30 Pfg.

Feingeschnittener Rauchtabak, der das Kilo seither 10 Mark kostete, wird 13 Mark kosten, statt 15 Mark 21,50 Mark, statt 20 Mark 29 Mark, statt 40 Mark 60 Mark, statt 60 Mark 92 Mark, statt 80 Mark 124 Mark, über 80 Mark beträgt der Zuschlag 60 Mark. Pfeifentabak kostet 1 Kilogramm statt 5 Mark 6 Mark, statt 6 Mark 7,20 Mark; Tabak von 6 bis 8 Mark erhält 2 Mark, von 10 bis 15 Mark 4,50 Mark und über 20 Mark 9 Mark Zuschlag. Auch Kautabake und Schnupftabake erfahren eine Verteuerung von mehreren Prozent.

Die meisten dieser Sätze stehen nur auf dem Papier, denn Zigarren für 8 Pfg., 12 Pfg. usw., Zigaretten für 3 Pfg. und Rauchtabak für 5 M. das Kilo gibt es nicht und wird es auch so bald nicht mehr geben. Außerdem ist für Zigarettenpapier, mit Ausnahme des zur gewerblichen Verarbeitung bestimmten, ein Steuerbetrag von 10 Mark für 1000 Zigarettenhüllen vorgesehen.

*

Wie uns das hiesige Hauptzollamt mitteilt, ist das neue Tabaksteuergesetz nebst der Nachsteuerordnung und den sonstigen Ausführungsbestimmungen bei den Zollstellen einzusehen.

## Schützt unsere Truppen vor Verleumdungen!

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Im „Volksblatt" werden jetzt, wie das ja auch bei einem solchen Organ nicht anders zu erwarten war, widerliche Hetzgeschichten über angebliche Greueltaten der Truppen, die Halle vor dem Bolschewismus mit ihrem Blut und Leben bewahrt haben, veröffentlicht. Mit besonderem Behagen werden diese Taten den bösen „erzreaktionären" Zeitfreiwilligen in die Schuhe geschoben, denn diese Einrichtung der Zeitfreiwilligen ist den Uzis und Sozis recht unangenehm.

Viele dieser Beschuldigungen werden sich bei näherer Prüfung als haltlos und übertrieben herausstellen. Um diese Prüfung aber zu ermöglichen, ist es nötig, daß diejenigen, die über diese angeblichen Untaten unserer Beschützer etwas aussagen können, dies nun nicht nur ihrem Stammtische oder ihrem Kaffeekränzchen erzählen, sondern, daß es auch in die Oeffentlichkeit kommt. Darum sende jeder, der etwas zum Schutze unserer Truppen gegen die Verleumdungen des bolschewistischen Organs Halles anführen kann, seine Beobachtungen an die bürgerlichen Zeitungen. Vielleicht wäre es auch angebracht, sie dem Garnisonkommando zuzustellen, das anscheinend, wie wenigstens aus seinen Veröffentlichungen zu schließen ist, ebenfalls Material gegen die Beschuldigungen sammelt.

Es ist übrigens sehr interessant zu sehen, wie das „Volksblatt", dem diese Berichte anscheinend auch zugehen, sie verwertet. Natürlich druckt es die Berichte nicht wörtlich ab, sucht aber daraus auf höchst tiefsinnige Art und Weise nachzuweisen, wie sehr den „militaristischen Gaunern die Lügenhaftigkeit zur zweiten Natur geworden" ist, nämlich folgendermaßen: Unsere Genossen berichten, daß sie auf dem Flugplatz 13 Gefangene gemacht hätten, die „militaristischen Gauner" berichten, es seien dort 7 Gefangene gemacht worden. Also lügen sie. Und da sie bei solchen kleinen Sachen schon lügen, muß daraus geschlossen werden, daß sie gar nicht mehr anders können, als die Unwahrheit sagen." Ich meine, wenn man diese Art des Beweises auf das „Volksblatt" anwenden wollte, würde man zu genau dem gleichen Resultate gelangen. Wärs nicht so traurig, es wäre zum Lachen.

— **Die Uniformen des Heeres und der Beamten luxussteuerfrei.** Das Reichsfinanzministerium hat folgendes entschieden: Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände für Angehörige des Heeres und der Marine sowie für Beamte, die infolge ihrer dienstlichen Stellung oder bei Ausübung ihres Dienstes zum Tragen von Uniform verpflichtet sind, bleiben auch nach dem neuen Umsatzsteuergesetz vom 24. Dezember 1919 von der Luxussteuer befreit, wenn die Gegenstände sich im Rahmen der einfachsten Ausführung halten und den sämtlichen dienstlichen Bestimmungen über die ordnungsmäßige Beschaffenheit der Bekleidung und Ausrüstung entsprechen. In den Ausführungsbestimmungen zum neuen Luxussteuergesetz vom 24. Dezember 1919 wird auf Grund des § 16 des Gesetzes die gleiche Regelung getroffen werden, wie sie durch Bundesratsbeschluß vom 26. Januar 1919 (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 26) durch Ergänzung der §§ 7 und 17 der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz vom 26. Juli 1919 eingetreten war.

— **Vereinigung ehemaliger Angehöriger des Landwehr-Inf.-Regts. Nr. 36.** Am 27. März, einem Gedenktage, welcher jeden alten 36er vom Landwehr-Regiment an das „Pflaumenwäldchen" bei Marchéville erinnert, fand die erste Zusammenkunft einer Anzahl alter 36er Landwehrleute im „Schultheiß" (Poststraße 5) statt, und von ihnen wurde eine Vereinigung gegründet mit dem Ziele, die alte brüderliche Kameradschaft, die sie alle da draußen in der langen Zeit des Krieges in so manchen schweren Tagen innig verbunden hat, zu pflegen als bestes Kleinod, das sie aus dem Felde mit nach Hause brachten. Die Vereinigung vermeidet die Formannahme eines Kriegervereins. Jede politische Betätigung in ihr ist ausgeschlossen, das sei ausdrücklich betont. Alle Schranken fallen fort. Gleichgültig, ob einst Offizier oder Wehrmann, gleichgültig ob politisch rechts oder links stehend! In ihren gemütlichen Zusammenkünften gilt nur der alte liebe Kamerad. Die nächste Zusammenkunft findet am Montag, den 12. April, abends um 7 Uhr (pünktlich) im „Schultheiß" (Poststraße 5) statt und jeder alte Bruder, der früher in Marchéville, Loupmont, le Mont, Montsec und in den Wäldern bei Apremont gehaust hat und zum Landwehr-Inf.-Regt. Nr. 36 gehörte, wird herzlich willkommen geheißen. Weitere Auskunft erteilen und Beitrittserklärungen nehmen entgegen der 1. Vorsitzende, Kantinenpächter Bruno Freitag (Reilstraße 128, Kas. I), der 1. Schriftführer, Pfleger Gustav Kaspar (Landesheilanstalt Nietleben) und der 1. Kassierer, Buchhalter Alex Borchart (Königstraße 73).

tzk. **Warnung vor einer Hochstaplerin!** Die Kriminalbehörden verschiedener Großstädte fahnden augenblicklich auf eine Betrügerin, die es in der Tracht einer Krankenschwester verstanden hat, mehrere Personen um erhebliche Werte zu schädigen. Mit Hilfe gefälschter Papiere erhielt die Schwindlerin, die als Frau v. Güldenstein aufzutreten pflegte, eine Stellung im Empfangsausschuß für heimkehrende Kriegs- und Zivilinternierte. In dieser Eigenschaft betrog sie die Heimkehrer um viele tausend Mark; eine Familie, die aus Indien zurückkehrte, verlor allein 170 000 M. In Berlin gab sie gleichfalls mehrere Gastrollen und verstand durch ihr vornehmes Auftreten und unter dem Vorgeben, vorzügliche Geschäftsverbindungen zu haben, mehrere Geschäftsleute um wertvolle Waren zu betrügen; unter anderem fielen der Betrügerin Pelzmäntel und Juwelen von hohem Werte in die Hände. — Man sehe sich also vor, wenn sie etwa auch in hiesiger Gegend auftreten sollte.

— **Beschlagnahmt** wurden in der Zeit vom 1. bis 31. März 1920 durch die bei der Polizeiverwaltung eingerichtete Wucherstelle und die Eisenbahnüberwachungsbeamten folgende im Schleichhandel erworbene Gegenstände: 23 Pfund Butter, 23 Pfund Margarine, 24 Pfund Schmalz und Talg, 31 Pfund Hammelfleisch, 129 Pfund Kalbfleisch, 300 Pfund Pferdefleisch, 618 Pfund Rindfleisch, 436 Pfund Schweinefleisch, 30 Pfund Ziegenfleisch (Eigentümer unbekannt), 44 Pfund Eingeweide, 393 Pfund Wurst, 110 Pfund Speck und Schinken, 1922 Pfund Mehl, 279 Pfund Mohn, 300 Pfund Gerste, 148 Pfund Rübsen, 73 Pfund Zucker, 2116 Pfund Kartoffeln, 1 Rinderhaut, 1 Pferdehaut. Die beschlagnahmten Waren wurden, soweit von den zuständigen Behörden nicht anderweit über sie verfügt war, dem Stadternährungsamt und dem Kriegsbrotausschuß hier überwiesen. Ueber die anderen Waren haben die Strafverfolgungsbehörden oder die zuständigen Reichsstellen zu verfügen.

*

— **„Humor bei Löns".** Wilhelm Hochgrebe, der am nächsten Sonnabend im „Mozartsaal" eine Auslese aus Hermann Löns' Werken zum Vortrag bringt, wird in den uns vorliegenden Pressestimmen als ein höchst talentierter Vortragskünstler und Meister der Sprache und Mimik bezeichnet. Löns' Figuren aus dem Menschen- und Tierreich weiß er geradezu plastisch zu gestalten. Karten bei H. Hothan.

— **Heinz Steinberg,** ein in Süddeutschland sehr bekannter und beliebter Vortragskünstler, der von Publikum und Presse neben Salzer und Plaut als besondere Klasse für sich anerkannt ist, wird auf seiner ersten Vortragsreise durch Norddeutschland auch in Halle am 14. April im „Mozartsaal" einen „Heiteren Abend" veranstalten. Karten bei H. Hothan.

## Familien-Nachrichten

**Verlobungen:** Dora Grünewald und Johannes Dix. — Dora Dehne und Willi Jakob. — Cläre Lösche und Rudolf Schumann.

**Todesfälle:** Am 6. April Max Denkewitz. — Am 5. April Helene Hohl im 58. Lebensjahr. — Am 5. April Hugo Meißner im 14. Lebensjahr. — Am 5. April Cläre Valentin geb. Stein.

# „H. Z." Sportberichte

— **Der V. f. L.-Halle in Süddeutschland.** Ueber die beiden Spiele unseres Mitteldeutschen Meisters in Süddeutschland wird uns geschrieben: In Stuttgart sowohl wie in Karlsruhe traten die Hallenser mit folgender Mannschaft an: Tor: Tannenberg; Verteidiger: Elsner, Huth; Läufer: Burghardt, Ehlicker, Poppe; Stürmer: Körste, Zschenker, Förderer, Vorkauf, Teudloff. Um die Läuferreihe nicht zu schwächen, war Elsner für Hankel, der aus gesundheitlichen Gründen nicht an der Reise teilnehmen konnte, eingesprungen. In Stuttgart hatte der V. f. L. gleich vom Anstoß an mehr vom Spiel, und Zschenker kann einen vom Torwärter abprallenden Ball zum ersten Tor einlenken. Verschiedentlich hat Halle gute Torgelegenheiten, aber zählbare Erfolge werden nicht mehr erzielt. Ein schönes Tor Förderers, der der beste Mann auf dem Felde war und einen geradezu glänzenden Tag hatte, und besonders durch prächtiges Ballabgeben nach den Flügeln auffiel, wurde angeblich wegen abseits nicht gegeben. Dann kam Stuttgart sehr auf und bleibt bis zur Pause überlegen. Zwei gute Schüsse sind der wohlverdiente Erfolg für überlegenes Spiel. Nach der Pause ist aber Halle wieder in Front. Die Hallesche Mannschaft spielte wie aus einem Gusse und hatte sich durch gutes, faires Spiel schnell die Sympathien der mehr als 7000 Zuschauer erworben, die die Hallenser zu immer besseren Leistungen anspornten. Durch Vorkauf fällt bald der Ausgleich, und 10 Minuten vor Schluß kann Körste das siegende Tor erringen. Halle hatte den Sieg verdient und war im Zusammenspiel besser als Stuttgart. — In Karlsruhe hatte unerhörter Regen den Boden so weich gemacht, daß das Spiel der Mannschaften sehr darunter litt und auch die Hallenser nicht das gute Spiel wie am Karfreitag in Stuttgart vorführen konnten. Trotzdem überbot sich die Hallesche Elf auch hier, denn sie war dem gefürchteten Gegner nicht nur ebenbürtig, sondern zumeist überlegen. Der schlüpfrige Boden hinderte vor den Toren am Schießen, so daß manche gute Gelegenheit unausgenutzt blieb. Besonders in der ersten Halbzeit war Halle hervorragend. Tannenberg war, wie schon im ersten Spiele, vorzüglich, und auch die beiden Flügelstürmer Teudloff und Körste bestachen durch ihr gutes Spiel. In der Läuferreihe, die an beiden Tagen das Rückgrat der Mannschaft war, wußte besonders Burghardt durch schnelles, energisches Spiel zu gefallen. Das einzige Tor fiel durch Vorkauf, der eine gute Vorlage verwandeln konnte. Auch diesem Spiele wohnten annähernd 7000 Zuschauer bei. Der Sieg der Hallenser gewinnt noch dadurch an Bedeutung, daß die beste Mannschaft Norddeutschlands, der Sportverein 88, Hamburg, am 1. Feiertage gegen K. F. V. nur 0 : 0 spielen konnte. Jedenfalls hat die Osterreise des V. f. L. gezeigt, daß er der besten süddeutschen Klasse ebenbürtig ist und den heimischen und mitteldeutschen Fußballsport würdig vertreten hat.

sr. **Internationales Fußball-Turnier in Leipzig.** Anläßlich seines 25jährigen Bestehens veranstaltete der Sportklub Wacker-Leipzig ein internationales Fußball-Turnier, das bei gutem Wetter und sehr gutem Besuch nachstehende Ergebnisse brachte: 1. Tag: Wacker gegen Young Fellows Zürich 1 : 4, Leipziger Ballspielklub gegen V. f. L.-Hannover 3 : 0. 2. Tag: Wacker gegen V. f. L.-Hannover 6 : 3, Young Fellow Zürich gegen Leipziger Ballspielklub 1 : 1, nach Spielverlängerung 2 : 2. Die Entscheidung zwischen dem Züricher und dem Leipziger Ballspielklub sollte am 3. Feiertag ausgetragen werden. Außerdem siegten im Hockeyspiel Wacker-Leipzig gegen Teutonia-Chemnitz mit 6 : 0 und die Damenmannschaft des Veranstalters gegen die Damen des Leipziger Ballspielklubs mit 3 : 0.

— **Städtewettkampf Halle - Erfurt - Leipzig im Kunstturnen.** Die Hallesche Turnerschaft veranstaltet am 25. April, nachmittags 2 Uhr, in der Turnhalle des Stadtgymnasiums in der Louisenstraße einen Städtewettkampf im Kunstturnen zwischen den Turnerschaften Erfurt-Halle-Leipzig. Jede Mannschaft besteht aus 10 Turnern. Da die einzelnen Städte die besten ihrer Turner zu dem Wettkampfe antreten lassen, so darf man auf einen schweren Wettkampf gefaßt sein.

— **Wettschwimmen im Stadtbad.** Am Sonntag, den 11. April, nachmittags 3½ Uhr, werden sich der Neue Leipziger Schwimmverein und unser Hallescher S.-V. von 1902 im friedlichen Wettkampfe im Stadtbad messen. Neben den einzelnen Schwimmen für Damen und Herren versprechen besonders Mannschafts-Wettkämpfe spannende Rennen. Den Höhepunkt werden die Wettkämpfe im Wasserballspiel erreichen. Der Neue Leipziger Schwimmverein besitzt eine vorzügliche, wenn nicht die beste deutsche Wasserballmannschaft. Erst kürzlich konnte sie die hervorragende Mannschaft des Schwimmvereins „Borussia-Silesia" in Breslau mit 8 : 1 glatt schlagen. Die Aussichten der Hallenser sind daher nicht besonders günstig.

# Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen ... volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" ge...

* **Portland-Zementfabrik Halle a. S.-Nietleben.** ... Bruttogewinn einschließlich des Vortrages von 1918 betr... 129 505,17 Mk. Der nach Abzug von Abschreibungen in Hö... von 53 691,57 Mk. verbleibende Ueberschuß soll wie folgt verte... werden: Rücklage in den Reservefonds 3 383,42 Mk., 4 Proz... Dividende 50 000 Mk., Dispositions- und Delkrederefonds 60... Mark, Gratifikationen an Vorstand und Beamte 6000 Mk., B... amten- und Arbeiterunterstützungsfonds 6310 Mk., Vortrag a... neue Rechnung 4120,18 Mk. Die in jedem Betriebe sich bemer... bar machenden Folgeerscheinungen der Revolution haben au... den Betrieb der Gesellschaft ungünstig beeinflußt. Dauernd... Brennstoffmangel und mangelhafte Arbeitsleistung, ständig... Steigen der Löhne, Kohlen-, und Materialienpreise haben e... starkes Anziehen der Produktionskosten verursacht. Für d... neue Geschäftsjahr lassen sich noch keine Voraussagen machen.

* **Zörbiger Kreditverein,** Kommanditgesellschaft auf Aktien. Das vergangene Jahr hat wiederum ein ... friedenstellendes Ergebnis gebracht. Aus dem Reingewinn ... sollen 10 Prozent Dividende verteilt werden. Auf neue Rechnung ... werden vorgetragen 8524,13 Mk. Die Dividenden betrugen v... 1909 bis 1918: 9, 9, 9, 9, 8, 6, 8, 8, 5, 9, 9 Prozent.

* **Einkommensteuergesetz.** Das von der Nationalversammlung beschlossene Einkommensteuergesetz vom 29. März 1920 ... im Reichsgesetzblatt Nr. 57 veröffentlicht worden.

## Berliner Börsenberichte

**Börsenstimmungsbild.** Die Börse ließ im Hinblick auf ... Ungewißheit der weiteren Entwickelung der politischen La... größere Zurückhaltung als gestern erkennen. Das Gesch... bewegte sich in wesentlich engeren Grenzen als gestern. ... gewisse Werte jedoch trat aus besonderen Gründen lebhafter ... Interesse hervor, was zu lebhaften Kurssteigerungen führ... Die Hoffnung auf schnelle Herstellung des Friedens im Ru... revier hatte die Kauflust für gewisse rheinische Werte zur Fo... Besonders wurden hiervon Phönix, Deutsch-Luxemburg ... Bochumer Gußstahl und Rheinische Braunkohlen begünst... Stark begehrt waren ferner oberschlesische Hüttenwerte, ... denen Oberschles Eisenbahnbedarf 22 Proz. gewannen. ... Elektrizitätsaktienmarkt stiegen Felten & Guilleaume erheb... auf angeblich schwebende geschäftliche Transaktionen. ... troleumwerte setzten ihre Steigerung fort, namentlich Deuts... Petroleum, die über 36 Proz. gewannen. Schiffahrtsakti... waren kräftig gebessert mit Ausnahme der bereits gestern ... in die Höhe gesetzten Paketfahrtaktien. Valutawerte stell... sich niedriger in Zusammenhang mit der Besserung des Ma... kurses, und aus demselben Grunde waren Kolonialwerte me... nicht behauptet. Nur Schantungbahnaktien wurden zu bedeute... erhöhtem Kurse gekauft auf unkontrollierbare Gerüchte vo... schwebenden Verhandlungen mit Japan. Mexikanische Anleihe... verloren etwa 20 Prozent. Deutsche Anleihen behaupteten ihr... Kursstand. Oesterreichische und ungarische Anleihen wurde... kaum umgesetzt.

**Produktenbericht.** Am Produktenmarkt erfuhr das Hafe... geschäft bei andauernder Zurückhaltung der Käufer keine B... lebung. Auch im Verkehr mit Hülsenfrüchten blieb es st... Lupinen ließen Neigung zu Abschwächung erkennen. Eben... Serradella. Heu blieb kaum behauptet im Preise. Stroh ... unter starkem Angebot. Futterschnitzel gaben unter groß... Angebot nach. Wetter: bedeckt.

### Devisen-Notierungen:

Berlin, 7. April.

| | Geld | Brief | | Geld | Brief |
|---|---|---|---|---|---|
| Amsterd.-Rotterd. | 2387½ | 2392½ | New-York | 63,40 | [illegible] |
| Brüssel-Antwerp. | 434½ | 435½ | Paris | 404,60 | [illegible] |
| Christiania | 1273½ | 1276½ | Schweiz | 1128¼ | [illegible] |
| Kopenhagen | 1198¾ | 1201¼ | Spanien | 1078¾ | [illegible] |
| Stockholm | 1408½ | 1411½ | Wien (altes) | 22,97 | [illegible] |
| Helsingfors | 351,60 | 352,40 | Oesterreich abgest. | 28,97 | [illegible] |
| Italien | 289,70 | 290,30 | Prag | 86,90 | [illegible] |
| London | 256,70 | 257,30 | Budapest | 28,47 | [illegible] |

### Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

| | |
|---|---|
| **Deutsche Werte** | |
| 4½% Deutsche Schatzscheine VI—IX | 76,10 |
| 5% Deutsche Reichsanl. | 79,75 |
| 4 " " | 76,50 |
| 3½ " " | 69,60 |
| 3 " " | 76,25 |
| 4 Preuss. Konsols | 78,— |
| 3½ " " | 66,— |
| 3 " " | 62,80 |
| 4 Charl. Stadtanl. 89/99 | —,— |
| 4 Magdeb Stadtanl. 91/06 | 101,90 |
| 4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe | —,— |
| 4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe | 102,— |
| 4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911 | 104,— |
| 4½ Dessauer Gas-Oblig. | —,— |
| 4 " " | —,— |
| **Ausländ. Werte** | |
| 4 Oesterr. Kron.-Rente | 36,50 |
| 4 Ungar. Gold-Rente | 71,60 |
| 4 Ungar. Kronen-Rente | 39,75 |
| **Eisenbahn-Aktien:** | |
| Halberstadt-Blankenb. | 110,— |
| Halle-Hettstedter | 87,— |
| Schantungbahn | 720,— |
| Allg. Lokal-Str | —,— |
| Gr. Berl. Str. | 138,— |
| Magdeburger Str.-B. | —,— |
| Lux. Prinz Heinrich.-B. | 690 — |
| Orientbahn | 319,50 |
| **Schiffahrts-Akt.:** | |
| Hambg. Paketfahrt | 224,75 |
| Hambg.-Südamerika | 299,— |
| Hansa-Dampfschiff | 401,— |
| Nordd. Lloyd | 204 — |
| **Banken:** | |
| Bank für Thür. | 160,— |
| Berl. Handelsges. | 210,— |
| Comm u. Diskontobank | 179,— |
| Darmstädter Bank | 143,— |
| Dess. Landesbank | —,— |
| Deutsche Bank | 319,75 |
| Diskonto-Comm. | 225,— |
| Dresdner Bank | 186,50 |
| Credit-Anst. Leipzig | 171,50 |
| Mitteld. Kreditbank | 147,— |
| " Privat-Bank | 164,50 |
| Nationalbank | 145,— |
| Oesterr. Kredit | 122,— |
| Reichsbank | 156,— |
| **Industrie-Aktien:** | |
| Schultheiss-Brauerei | 293,— |
| Akt. f. Anilin | 393,25 |
| Allgem. Elektr.-Ges. | 442,— |
| Ammendorfer Papierf. | —,— |
| Anhalter Kohlenw. | 320,— |
| Annaberger Steingut | 362,— |
| Badische Anilin | 578 — |
| Bergmann-Elekt.-Akt. | 287,50 |
| Berl. Masch.-Bau | 385,— |
| Bismarckhütte | 456,— |
| Bochumer Gußstahl | 383 — |
| Chem. Fabrik Buckau | 210,— |
| Chem. Griesheim | 329,— |
| Chem. v. Heyden | 510,— |
| Consolidation Schalke | 500,— |
| Cröllwitzer Papierfabr. | 382,— |
| Daimler-Motoren | 344,50 |
| Deutsch-Luxemburg | 374,— |

| | |
|---|---|
| Deutsche Ueberseee-El. | 1358 |
| Deutsche Erdöl | 890,— |
| Deutsche Gasglühl. | 5200, |
| Deutsche Kali | 499 — |
| Deutsche Waff. u. Mun. | 469,— |
| Donnersmarkhütte | 409,75 |
| Döring u. Lehrmann | 177,— |
| Dürkoppwerke | —,— |
| Elberfelder Farben | 448,— |
| Engelhard Brauerei | 282,50 |
| Felten u. Guilleaume | 575,— |
| Gasmotoren Deutz | 239,— |
| Gebhardt u. Co. | —,— |
| Gebhardt u. König | 345,— |
| Gelsenkirch. Bergb. | 379,50 |
| Glauziger Zuckerfbr. | 503,— |
| Hallesche Masch.-Fabr. | 621,— |
| Hann. Masch. | 450,— |
| Harpener Berg | 384,75 |
| Hasper Eisen | 415,— |
| Hirsch Kupfer | 378 — |
| Höchster Farbw. | 421,— |
| Hoesch Eisen u. Stahl | 417,— |
| Hohenlohe-Werke | 255,— |
| Humboldt-Masch. | 239,50 |
| Ilse-Bergbau | 350,— |
| Kahla-Porzellan | 659,75 |
| Kaliw. Aschersleben | 498,— |
| Körbisd. Zucker-Akt. | —,— |
| Kyffhäuserhütte | —,— |
| Lahmeyer u. Co. | 241,— |
| Lauchhammer | 352 — |
| Laurahütte | 340,— |
| Lingel. Erfurt | 350,— |
| Linke u. Hofmann | 540,— |
| Ludwig Loewe u. Co. | 439,— |
| Lothringer Hütte | 355,— |
| Mannesmannröhren | 459,— |
| Maschinenfabr. Buckau | 270,— |
| Oberschl. Eisenb.-Bed. | 276,— |
| do. Caro Heg. | 315,— |
| do. Kokswerke | 383,— |
| Orenstein u. Koppel | 368,— |
| Phönix-Bergb. | 520,50 |
| Rhein. Metall-Vorz. | 314,— |
| Rhein. Stahlwaren | 402,— |
| Riebeck. Montan | 365,— |
| Rombacher Hütten | 376 — |
| Rositzer Braunk. | 367 — |
| Rositzer Zucker | 260,— |
| Sangerhäuser Masch. | —,— |
| Hugo Schneider u. Co | 360,— |
| Schuckert u. Co. | 237,— |
| Siemens u. Halske | 375,— |
| Stettiner Chamotte | 339,— |
| Stettiner Vulkan | 340,50 |
| Stollberger Zinkh. | —,— |
| Strals. Spielkarten | 375,— |
| „Terra", Samen-A.-G. | 303,— |
| Thale-Eisenhütte | 494,— |
| Triptis-Akt.-Ges. | 280,50 |
| Türkische Tabakregie | 1200 |
| Ver. Köln-Rottweiler | 394,50 |
| Glanzstoff Elberf. | 1425 |
| Wegelin u. Hübner | 219,75 |
| Wersch.-Weissenf. Brk. | —,— |
| Westeregeln-Alkali | 813,— |
| Wittener Gußstahl | 830,— |
| Wrede-Mälzerei | 155,— |
| Zeitzer Masch. | —,— |
| Zellstoff Waldhof | 330 |
| Otavi-Minen | 1235. |

Tendenz: fest

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten, Volkswirtschaft und Sport: Hans Heiling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Sellheim.
Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle a. S.
...tto Thiele, Buch- und Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192004081-12/fragment/page=0004